

# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 317 | 11/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA**  **SLP**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

## KRIEG, SEXISMUS, RASSISMUS:

## KAPITALISMUS = GEWALT



### AUS DEM INHALT

» Medien und Politik treten eine **rassistische Welle** gegen Muslim\*an los. Hauptprofiteur: die FPÖ. Wie gegen diesen Rechtsruck ankämpfen?

Seiten 5 & 13

» Wir veröffentlichen ein Statement von Sozialist\*innen aus **Israel / Palästina** und berichten von Aktivitäten gegen den Krieg vor Ort und hier.

Seiten 8 & 16-17

» Der 25. November ist der internationale Tag gegen **Gewalt an Frauen und queeren Personen**. Wir organisieren Aktionen und analysieren, woher die Gewalt kommt.

**Schwerpunkt**

# WER WIR SIND



- » Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.
- » Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.
- » Als Sozialist\*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.
- » Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät\*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.
- » Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter\*innenbewegung.
- » Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär\*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.
- » Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.
- » Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

## TREFFPUNKTE

### GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

### LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr  
Restaurant „Alte Welt“  
Hauptplatz 4

### SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

### WIEN

#### ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr  
Restaurant „Zypresse“  
Westbahnstraße 35A

#### ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr  
ISA-Büro  
Pappenheimgasse 2/1

#### ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr  
ISA-Büro  
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter [slp.at/kalender](http://slp.at/kalender),  
Einwahldaten für Online-Treffen  
unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) erfragen.

#### Impressum:

#### Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

## TERMIN DES MONATS

### Tag gegen genderbasierte Gewalt

Der **25. November** ist der internationale Tag gegen genderbasierte Gewalt – also Gewalt gegen Frauen und queere Personen. Wir organisieren an diesem Tag Proteste unter dem Motto „Das ganze System ist gewalttätig!“

#### Sei dabei!

**Wien:** 17:00 | S+U Ottakring

**Linz:** 16:00 | Martin-Luther-Platz

**Salzburg:** 12:00 | Ferdinand-Hansch-Platz

Mehr Infos:

[slp.at](http://slp.at),  [@rosa\\_oesterreich](https://www.instagram.com/rosa_oesterreich)

# „Es kommen härtere Tage“

von Sebastian Kugler

So beginnt das Gedicht *Die gestundete Zeit* der österreichischen Dichterin Ingeborg Bachmann, die vor 50 Jahren gestorben ist (S.14). Unheimlicher könnten ihre Worte heute nicht nachhallen. Fassungslos sitzen wir vor Bildschirmen, sprachlos aktualisieren wir Liveticker, ausdruckslos scrollen wir durch eine schier endlose Flut an Horrormeldungen aus dem Nahen Osten – es wirkt, als würde die ganze Welt in einen Strudel zerstörerischer Gewalt gerissen werden: *„Der Krieg wird nicht mehr erklärt, / sondern fortgesetzt. Das Unerhörte / ist alltäglich geworden.“* (Bachmann)

## Krieg und Gewalt – überall

Umso wichtiger ist es jetzt, gegen den Strom zu schwimmen. Während die österreichischen Medien zusammen mit der Politik den Kampf gegen Antisemitismus missbrauchen, um eine antimuslimische Hetzkampagne ungeahnten Ausmaßes zu starten (S.13), lassen wir Sozialist\*innen aus Israel / Palästina zu Wort kommen. Wir veröffentlichen eine Stellungnahme unserer Schwesterorganisation Maa-vak Sozialisti / Nidal Eshteraki (S.16) und berichten über ihre Arbeit gegen den Krieg in Israel selbst (S.17), sowie über unsere Aktivitäten in Österreich (S.8).

Gewalt hat viele Formen – industriell organisierte wie im Krieg, aber auch individualisierte, deswegen jedoch nicht weniger systemische, wie bei Femiziden. Der 25. November ist der internationale Tag gegen genderspezifische Gewalt – also Gewalt gegen Frauen und queere Personen. Wir widmen diesem Thema unseren Schwerpunkt (S.9-12) und organisieren mit unserer sozialistisch-feministischen Kampagne ROSA am Tag selbst Proteste (S.2).

## Widerstand und Solidarität – überall

Von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung der systemischen Ursachen genderspezifischer Gewalt ist der Gesundheits- und Sozialbereich: Hier wird die Arbeit gesellschaftlich geleistet, die besonders in Krisenzeiten ins Private, und damit auf Frauen, verschoben wird – durch Unterfinanzierung und Kürzungen bei Pflege & Co, wo wiederum hauptsächlich Frauen zu unterdurchschnittlichen Löhnen arbeiten (S.4). Umso wichtiger ist es also, dass sich genau hier betrieblicher Widerstand organisiert: Vom Streik der Kindergärten (S.8) bis zu den KV-Verhandlungen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich (S.6).

Denn Widerstand bringt Kraft und Hoffnung – sei es im Einsatz gegen den Krieg im Nahen Osten, in den weltweiten Bewegungen gegen Sexismus und Homophobie oder im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Inspirierend sind deshalb auch die tausenden streikenden Autoarbeiter\*innen in den USA, die gegen scheinbar übermächtige Konzernriesen wie Ford aufbegehren (S.15). Aus all diesen Phänomenen, so unterschiedlich sie sein mögen, können wir Hoffnung schöpfen. Es ist möglich, die Gewaltspirale von Kapitalismus, Patriarchat und Krieg zu durchbrechen. Niemand hat dies besser ausgedrückt als der eingekerkerte 20jährige Revolutionär Leo Trotzki zur letzten Jahrhundertwende: *„Tod den Utopien! Tod dem Glauben! Tod der Liebe! Tod der Hoffnung!“* – *rasseln die Gewehrsalven und das Kanonengrollen des zwanzigsten Jahrhunderts. ‘Unterwerfe dich, jämmerlicher Träumer! Hier bin ich, deine Zukunft!’ – ‘Nein!’, antwortet der rebellische Optimist: ‘du bist nur die Gegenwart!’“*





## Personalmangel: Gegen Scheinlösungen

von Jan Millonig

Prämien für Betreuung zu Hause, Soldat\*innen in den Schulen, Pflegelehre... Was steckt hinter diesen Vorstößen?

Das Bildungs- und Gesundheitssystem ist jetzt schon weit davon entfernt, alle pflegebedürftigen Menschen oder Kinder betreuen zu können. Die Lage wird jetzt durch den akuten Personalmangel in den Einrichtungen noch zusätzlich verschärft. Die Regierung versucht, mit kurzfristigen und unzureichenden Scheinlösungen der Situation Herr zu werden, macht die Situation dadurch oft aber nur noch schlimmer. Die Pflegelehre, neue Assistenzberufe, aber auch Quereinsteiger\*innen, mit entsprechend weniger Ausbildung, verschlechtern nicht nur die Betreuungsqualität, sondern bedeuten auch zusätzlichen Stress für die Kolleg\*innen, weil stattdessen das qualifizierte Personal fehlt. Man geht auch immer mehr zur reinen "Verwahrung" über. So soll die Freizeitpädagogik abgeschafft und stattdessen in den Schulbetrieb eingegliedert werden.

### Das Gegenteil von Gut

Die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, wie v.a. von den Grünen gefordert, verlagert das Problem nur auf Migrant\*innen bzw. in deren Heimatländer. Statt den Beruf durch bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne wieder

attraktiver zu machen, sollen das einfach Pflegekräfte aus ärmeren Ländern übernehmen. Das ist nicht nur menschenverachtend, sondern erhöht auch den Druck auf den Bereich, insgesamt schlechtere Bedingungen zu akzeptieren. Man spricht hier auch vom "Care-Imperialismus", weil diese Personen dann natürlich in ihren Heimatländern fehlen, so wie es schon lange bei der 24-h-Pflege Praxis ist.

Auf der anderen Seite wird noch mehr Care-Arbeit auf Frauen ins Private zu Hause übertragen. Die "Herdprämie" der schwarz-blauen Landesregierung in Salzburg – also finanzielle Zuckerln für Frauen, die zu Hause (bei den Kindern) bleiben – zeigt, wohin die Reise geht. Doch auch die SPÖ im Burgenland und die KPÖ in Graz haben die Anstellung von pflegenden Angehörigen durchgesetzt. Was zuerst wie eine unmittelbare Verbesserung für die Betroffenen klingt und sicher auch ist, birgt große Gefahren: es verfestigt, dass Angehörige ohne ordentliche Ausbildung und viel schlechter bezahlt diese Arbeit privat übernehmen und untergräbt den Ausbau von professionellen Einrichtungen.

Das bedeutet nicht nur eine weitere Abwertung von Care-Arbeit und

Ausbeutung von Frauen, sondern drängt diese auch an den Rand der Gesellschaft. Wer den ganzen Tag zu Hause sein muss, kann kein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen.

### Das Notwendigste erkämpfen heißt das System in Frage stellen

Sie versuchen alles, außer das Nahe-liegendste: Löhne zu erhöhen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Nur so und durch substanziell mehr Ressourcen für diese Bereiche kann der Teufelskreis aus Personalmangel und Burnout durchbrochen werden. Dafür reichen die paar populistisch angekündigten Milliarden aber nicht. Die "Pflegemilliarde" letztes Jahr hat gar nichts geändert und auch die angekündigten 4,5 Mrd. für die Kinderbetreuung werden Jahrzehnte der Versäumnisse nicht wegwischen.

Die absolut notwendigen Schritte erlaubt die kapitalistische Logik in Zeiten der Krise nicht. Deswegen dürfen sich Gewerkschaften nicht nur auf den Kampf für unmittelbare Verbesserungen beschränken, sondern müssen auch eine Perspektive für ein grundsätzlich anderes Sozial- und Wirtschaftssystem eröffnen.

Rund 400.000 Personen werden zu Hause von Angehörigen (davon 75 % Frauen) gepflegt. Es würde fast 300.000 Vollzeitstellen brauchen, um diese in professionellen Einrichtungen unterzubringen. Fast die Hälfte aller

### Info

Frauen arbeitet Teilzeit. Als Grund dafür wird in erster Linie die Kinderbetreuung genannt. Denn nicht einmal die Hälfte aller Kindergartenplätze in Österreich ist mit einem Vollzeitberuf vereinbar.

# FPÖ gegen Alle

beide Artikel von Peter Hauer und  
Christoph Glaninger

Mit Verlauf des Jahres wurde es immer klarer: Die Rezession hat Österreich erreicht. Dazu die noch immer hohe Teuerung und weltweite Krisen. Diese Entwicklung führt zu einer großen Polarisierung und Bewegung auf der Wahlebene. Die FPÖ konnte das für sich nutzen und steht auf Platz 1. Nicht ohne Grund. Kickl transformierte die Partei nach Ibiza von einer Regierungspartei zu einer Protest- und dann wieder zu einer Regierungspartei. Die aktuellen Pläne der FPÖ legen die Weichen für eine Regierungsbeteiligung, allerdings dieses Mal nicht als Juniorpartner, sondern als stärkste Kraft.

Das Programm der FPÖ ist in 2 Schienen aufgeteilt. Die erste Schiene ist das sozialpopulistische Wirtschaftsprogramm: höhere Löhne für den Pflegebereich, Stopp von Mieterhöhungen bis 2026, Aussetzen von Steuern auf Lebensmitteln. Die FPÖ gibt die Schuld an wirtschaftlicher Misere dabei immer entweder ausländischen Faktoren (Internationalen Konzernen, Russland-Sanktionen) oder der Politik.



Foto: C.Stadler/Bwag, CC BY-SA 4.0

Österreichische Unternehmen und Superreiche werden nicht kritisiert – deshalb fordert die FPÖ auch keine höheren Löhne im Zuge der KV-Verhandlungen und spricht sich gegen Vermögenssteuern aus. Dieses Programm ist leerer Populismus, an der Macht setzt die FPÖ zutiefst unsoziale Politik um, im besten Fall kombiniert mit kleineren Almosen (Beispiele sind die FPÖ-Bundesregierungen und die aktuellen Landesregierungen).

Die zweite Schiene ist der Kulturkampf für die “nationale Identität”. Die FPÖ startet hier komische Aktionen wie eine Wirtshausprämie für österreichische Küche, aber auch brandgefährliche wie eine massive Propaganda gegen LGBTQIA+, z.B. durch Stimmungsmache gegen Drag-Vorlesungen und ein

Verbot von gendergerechter Sprache. Weiters hat die FPÖ im Zuge ihrer Herbstkampagne “Aufklärungsarbeit gegen Linksextremismus” angekündigt. Die FPÖ schießt gegen alles das nicht stramm-rechts ist, andererseits ist jede Abgrenzung zur neofaschistischen identitären Bewegung aufgehoben. “Klimakleber” und Extinction Rebellion werden als ausländische NGOs betitelt und die FPÖ möchte “linke Netzwerke” in der Regierung (vor allem Grüne) ausgraben. Ein wichtiges Ziel ist das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW). Die Angriffe auf das DÖW zeigen, wie heuchlerisch die FPÖ ist, wenn sie gegen Muslim\*a unter dem Vorwand des Kampfes gegen Antisemitismus hetzt.

## Alle gegen die FPÖ?

Sozialpopulismus und Kulturkampf finden nicht getrennt voneinander statt, die FPÖ schiebt die Schuld an Problemen auf die angebliche Förderung von “Minderheiten”. Deshalb kann man die FPÖ auch nicht alleine mit einem guten Sozialprogramm bekämpfen – und schon gar nicht gemeinsam mit den etablierten Parteien, deren Politik die FPÖ erst groß gemacht hat und immer wieder groß machen wird.

Die aktuellen Vorstöße der FPÖ gegen DÖW, Migrant\*innen und queere Personen werden zwar wahrscheinlich nicht bedeuten, dass die FPÖ

gemeinsam mit den Identitären zu großen Demos aufruft. Trotzdem sind sie enorm gefährlich. Deshalb muss jeder Angriff entschlossen beantwortet werden, und zwar gemeinsam mit der sozialen Bedrohung, die von einer FPÖ-Regierung ausgeht, z.B. für den Sozial- und Gesundheitsbereich. Es braucht eine kämpferische Organisation am Arbeitsplatz, die sich aber nicht nur auf den Arbeitsplatz reduziert, sondern auch ein antirassistisches und feministisches Programm hat, weil die Mehrheit in diesem Bereich weiblich oder migrantisch ist und viele queere Menschen dort arbeiten.

Es gibt heute deutlich mehr politisierte Personen und Bewegung als vor der letzten FPÖ-Regierungsbeteiligung (bzgl. Klima, Antirassismus, Feminismus oder im betrieblichen Bereich). Ihr gemeinsamer Widerstand kann Angriffe zurückschlagen und Menschen organisieren. Auch KPÖ und Babler haben hier eine Verantwortung. Auf dieser Basis kann auch eine wirkliche linke Widerstandspartei entstehen, die eine echte Alternative darstellt und es schafft, der FPÖ langfristig den Boden abzugraben.

# SWÖ: Lieber Streik als schlechter Abschluss!

von Michael Gehmacher

15% und mindestens 400 Euro auf die Grundgehälter sowie eine Erhöhung der Zulagen und Zuschläge um 20%, 35-Stundenwoche sowie eine Reihe guter Einzelforderungen – auf dieses Programm einigten sich die zuständigen Teams der Gewerkschaften GPA und VIDA für die Kollektivvertragsverhandlungen bei der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ KV) am 3. Oktober. Druck von unten hat zu einer höheren Forderung als im Metallbereich geführt, aber leider sind die Forderungen angesichts der Teuerung und der Niedriglöhne im Bereich trotzdem zu niedrig. Daher auch die einzige Gegenstimme im Verhandlungsgremium durch den Autor dieses Artikels. Dabei wären die Voraussetzungen, um einen hohen Abschluss zu erkämpfen, heuer sehr gut. Die Streikbereitschaft ist bei vielen Kolleg\*innen ist hoch und die Solidarität aus der Bevölkerung groß.

## Hoher Abschluss durch starke Streikbewegung

Mit einem konsequenten Arbeitskampf könnten viele Verbesserung drinnen sein. Dazu braucht es Streiks und Aktionen. Am 15.11. wird das erste Mal über die Erhöhung verhandelt – 6 Wochen nach der Forderungsübergabe. Wer 6 Wochen keine Aktionen setzt, um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, macht sich unglaubwürdig. Letztes Jahr wurden ebenfalls 15% gefordert und bei der 3. Verhandlung wurde dann mit 8% und mindestens 175 Euro abgeschlossen. Welchen Grund sollten die Arbeitgeber\*innen heuer haben, sich vor der Nichterfüllung der 15% zu fürchten? Es braucht schon vor dem 15.11. gemeinsame Aktionen vieler Kolleg\*innen – z.B. einen bundesweiten Aktionstag. Er würde viel öffentliche Aufmerksamkeit bringen und Kolleg\*innen aus Betrieben mit einbeziehen, die sich nicht so gut



Michael Gehmacher ist Betriebsrat beim Wiener Samariterbund- WSD und Mitglied des großen SWÖ-KV-Verhandlungsteams.

**Info:**



Du willst dich aktiv mit deinen Anliegen einbringen? Dann kontaktiere Michael unter: [michael.gehmacher@gmx.at](mailto:michael.gehmacher@gmx.at)

organisieren können. Warnstreiks und Streiks vor den nächsten Verhandlungen am 15.11 und 27.11. würden den Arbeitgeber\*innen zeigen, dass sie mehr als die aktuellen 8,8% bieten müssen.

## Streiks von unten organisieren

Um unser Ziel zu erreichen, brauchen wir einen hohen Druck, dazu müssen die Streiks möglichst lang, umfassend, lückenlos und wirkmächtig organisiert sein. Wird die Arbeit nur kurz und in kleinen Teilen niedergelegt, werden die Streikenden leicht zu ersetzen sein, und die Arbeit wird danach eingearbeitet. In den meisten Teilen des Sozialbereichs und der Pflege gibt es einen „Notdienst“. Um dafür zu sorgen, dass ein Notdienst tatsächlich nur leistet, was für die Versorgung dringend gebraucht wird, muss er in Teams vor Ort demokratisch besprochen und beschlossen werden. Über die einzelne Dienststelle hinaus, muss dies ein demokratisch gewähltes Streikkomitee organisieren.

Die Mehrheit des Sozialbereichs und der Pflege arbeiten nicht direkt für Profit (es gibt aber auch profitorientierte Konzerne) – daher ist es so wichtig, Solidarität aus anderen Teilen der Bevölkerung und der Gewerkschaftsbewegung sichtbar zu machen. Das geht am Besten, indem die Betroffenen informiert und eingebunden werden. Dazu können die Einrichtungen vor Ort mit Tafeln und Transparenten usw. geschmückt werden. Zum „sichtbar machen“ der Kampfkraft und der Solidarität sind öffentliche Proteste im Rahmen von Streiks wichtig. Insgesamt ist die Auseinandersetzung im SWÖ Teil eines Kampfes in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge (z.B. den Streiks in den Kindergärten, der Ärzt\*innen). Gerade hier gibt es das Potential für Solidarität und gemeinsamen Kampf. Die ISA engagiert sich gemeinsam mit vielen anderen Kolleg\*innen (z.B. in „Sozial, aber nicht blöd“) für eine kämpferische KV-Bewegung. –Mach mit!

# Lehrer\*innen- streiks: keine Einzelfälle

beide Artikel von  
Lena Goeth und Sarah Moayeri

Die Streikbereitschaft ist unter Lehrer\*innen sehr hoch. In vielen Ländern sind Lehrer\*innen die Ersten, die in Kampf treten und Beispiele für inspirierende Streikbewegungen setzen. Das hängt mit den großen Widersprüchen zusammen: Sie gehen mit den besten Intentionen in ihren Beruf, stellen dann aber fest, dass ihre Arbeitsbedingungen untragbar für sie und für die Lernenden sind. Die Kämpfe entzündeten sich an unterschiedlichen Fragen: Personalmangel, Gehalt, Arbeitszeit, aber auch rund um demokratische Rechte und andere politische Forderungen.



In Berlin streikten 3.000 Lehrende im März 2023 für kleine Klassen und mehr Sozialarbeiter\*innen – aktuell gehen die Bildungsproteste weiter. Mit dem Slogan “Wir verdienen es” erstreikten 2018 in West Virginia (USA) Lehrer\*innen 5% Lohnerhöhung sowie bessere Krankenversicherung, die unter anderem auch für Polizist\*innen gilt, die sich nicht an dem Streik beteiligten. 2022 streikten in Israel / Palästina Universitätsangestellte gemeinsam mit Lehrpersonen für höhere Löhne. Im Juni 2023 konnte

eine Gehaltserhöhung erstritten werden – dafür waren 8 Monate Verhandlung und mehrere Wochen Streik nötig. Lehrerinnen und Lehrer, teils pensioniert, gingen im Iran auf die Straße, nachdem Anfang 2023 an Mädchenschulen Vergiftungen ans Licht gekommen waren. Mädchen spielen in der “Frau, Leben, Freiheit”-Revolte eine essenzielle Rolle. Lehrer\*innen gehören im Iran zu den Vorkämpfer\*innen gegen das Regime und sind massiven Repressionen ausgesetzt.

## Dürfen Lehrer\*innen streiken?

Angesichts der Missstände im Bildungsbereich ist Streiken notwendiger denn je. Streiks sind in Österreich nicht rechtlich geregelt. Das bedeutet, dass es mehr Freiraum gibt. Gleichzeitig halten sich Mythen wie ein Streikverbot im öffentlichen Dienst hartnäckig. Fakt ist, ein solches Streikverbot gibt es nicht, auch nicht bei Beamt\*innen. Streiken ist Grundrecht – und wird mit der Grundrechtecharta der EU abgedeckt. Es ist die Pflicht der Gewerkschaften, darüber aufzuklären. Die Umsetzung des Rechts ist eine andere Frage. Ob Streiks im Bildungsbereich Repression erfahren, hängt von den Kräfteverhältnissen ab.

Wie kann ein Streik so umgesetzt werden, dass er möglichst viele Kolleg\*innen, Eltern, Schüler\*innen einbezieht? Beschäftigte im öffentlichen Dienst könnten dem Vorwurf ausgeliefert sein, ihrer “Pflicht” nicht nachzukommen. Wichtig ist die Aufklärung darüber, dass Lehrer\*innen ihre Arbeit nicht im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge ausüben können. Die Krankenhaus-Streikbewegung an der Berliner Charité 2015 machte klar: “Nicht der Streik gefährdet die Patient\*innen, sondern der Normalzustand!” Solidarität in Form von Soli-Komitees an Schulen und Nachbarschaften ist essentiell.

Auch die Frage, ob die Gewerkschaftsführung zu Streiks greift, hängt von den Kräfteverhältnissen ab. Am

5. Juli beschloss die BL 10 der GÖD auf Druck der Initiative „Schule brennt”: “Zur raschen Umsetzung unserer Forderungen behalten wir uns entsprechende gewerkschaftliche Maßnahmen in der gesamten Bandbreite vor!” Durch eine Bewegung an der Basis könnte die GÖD-Führung immer weiter getrieben werden. Dienststellenversammlungen wären ein erster Schritt, um demokratisch über Streikmaßnahmen zu entscheiden. Eine Frage, die sich viele stellen, ist: Was passiert mit der Aufsichtspflicht? Ein demokratisch vorbereiteter Streik könnte diese Fragen einbeziehen. Eltern haben beispielsweise Anspruch auf Pflegeurlaub im Falle eines Streiks. Auch eine “Notfallbetreuung” könnte so organisiert werden.

## ISA gegen Krieg und Besatzung

Aktivist\*innen der ISA und ROSA beteiligten sich in den letzten Wochen an unterschiedlichen Protesten gegen den Krieg in Gaza, z.B. an einer Mahnwache, die sich solidarisch mit den Opfern auf beiden Seiten zeigte und gleichzeitig die Besatzung ablehnte. In unserem Flyer fordern wir: *“Beendet die Besatzung und die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung, gegen jede Form von reaktionärem Terrorismus und Morden, für einen echten Ausweg und eine Massenbewegung von unten!”*

Gemeinsam mit anderen linken, sozialistischen, türkischen, kurdischen und iranischen Kräften wurde eine Kundgebung organisiert. In unserer Rede betonten wir, *“dass der Krieg von der österreichischen Regierung und Rechtsextremen benutzt wird, um antimuslimischen Rassismus und Hass weiter zu schüren und vom gefährlichen Antisemitismus rechter*



*Kräfte abzulenken. Unser Kampf ist international, gegen alle Formen von Rassismus, Unterdrückung und Ausbeutung und das dafür verantwortliche brutale kapitalistische System!”*

Das setzen wir auch in die Praxis um. An einer Schule organisierte eine ISA-Aktivist\*in gemeinsam mit anderen Kolleg\*innen Opposition gegen die enorm einseitige Herangehensweise des Lehrkörpers bezüglich des Konflikts und der Repression gegenüber pro-palästinensischen Schüler\*innen. Dabei wurde auch eine Petition erstellt, die sich gegen die ebenso einseitige Thematisierung durch die Pädagogische Hochschule (PH) ausspricht

und kritisiert: *“Angesichts der Bombardierungen und den Massakern an der palästinensischen Zivilbevölkerung - insbesondere von Kindern und Jugendlichen - durch die israelische Armee, die Besatzungspolitik, die Blockade sowie das Zurückhalten von humanitärer Hilfe ist es nicht nachvollziehbar, warum diese Lage als “Krieg gegen Israel” bezeichnet wird. Eine Formulierung wie diese trägt dazu bei, antimuslimischen Rassismus zu schüren.”*

Schule und PH mussten zurückrudern und versprachen eine ausgewogenere Behandlung des Konflikts. Widerstand bringt's also - mach mit!

## Aktiv im Heißen KV-Herbst

ISA-Aktivist\*innen besuchten die erste Betriebsrät\*innenkonferenz der Metallindustrie in OÖ. Dort waren sich zwar alle Kolleg\*innen einig, dass heuer mehr her muss, berichteten aber auch von Problemen der Branche wie Lieferschwierigkeiten und Personalmangel. Das macht es schwieriger Kolleg\*innen, von Streiks zu überzeugen. Doch diese werden nötig sein, um in Zeiten schwieriger Wirtschaftslage Abschlüsse über der Inflation zu erreichen - von einer Arbeitszeitverkürzung ganz zu schweigen.

Die Beschäftigten im Bildungs- und Gesundheitsbereich konnten nicht abwarten, bis sie bei den KV-Verhandlungen “an der Reihe waren”. Die katastrophale Situation und der akute

Personalmangel trieb sie schon vorher auf die Barrikaden: Demo von Salzburger Lehrer\*innen, Streik der Wiener Spitalsärzt\*innen und ganztägige Arbeitsniederlegung der Kindergärten, Horte und Freizeitpädagogik in Wien. Bei letzterem waren über 12.000 Beschäftigte auf der Straße. ISA- und ROSA-Aktivist\*innen nahmen daran nicht nur teil, sondern spielen auch in diversen Basisgruppen eine Rolle, wie z.B. in “Gemeinsam für die Freizeitpädagogik”, bei “Schule brennt”, “Bessere Schule jetzt” oder “Sozial aber nicht blöd”. Dort versuchen Beschäftigte und Eltern, an der Basis Druck zu machen, auch um von der Gewerkschaftsführung einzufordern, was dringend nötig ist: die Ausweitung der Kämpfe.





# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 317 | 11/2023

**SCHWERPUNKT**

**ISA**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

Man(n) tötet  
nicht aus Liebe

## GEWALT GEGEN FRAUEN UND QUEERE PERSONEN:

### „ES REICHT!“

von **Christian Steiner**

“*Se acabó* - Es reicht!” Mit diesem Slogan protestierten und streikten Tausende gegen den sexuellen Übergriff des Präsidenten des spanischen Fußballverbandes, Rubiales, gegenüber der Fußballerin Jennifer Hermoso. Dieser Vorfall reiht sich in eine Welle an Übergriffen ein, die bekannt wurden - aber auch in den wachsenden Widerstand dagegen.

Mehr und mehr Betroffene brechen ihr Schweigen, z.B. bei Russell Brand oder Danny Masterson, und zuletzt Rammstein-Sänger Till Lindemann. Allein in Wien protestierten 2000 Demonstrant\*innen vor Rammstein-Konzerten für Gerechtigkeit für die Betroffenen. Unter dem Hashtag #technometoo haben sich mehr als 100 Betroffene von Übergriffen in der Technoszene gemeldet - und wöchentlicher werden es mehr.

Global, und auch in Österreich, haben etwa ein Drittel aller Frauen Gewalt und auch sexuelle Gewalt erlebt, in Österreich wurden 3 von 4 Frauen bereits sexuell belästigt. Die Dunkelziffer ist hoch, denn nur 40 von 100 Betroffene holen sich Hilfe und nur 4 von 100 Betroffene gehen zur Polizei.

Die österreichische Politik tut nichts dagegen - im Gegenteil. Vor allem die FPÖ stellt Frauenrechte “legal” unter Beschuss und sorgt auch dafür, dass es immer mehr junge Männer gibt, die extrem sexistisches Verhalten akzeptieren. So hat Blau-Schwarz in Salzburg eine Herdprämie eingeführt, anstatt Kinderbetreuungsplätze substantiell auszubauen, und plant eine Studie zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erstellen, mit dem Ziel, eine “Informationskampagne zu Alternativen” zu gestalten.

Die tiefe Krise des Kapitalismus bringt ein Wachstum von reaktionären und konservativen Antworten auf diese Krise. Rechte Influencer wie Andrew Tate behaupten, dass der Feminismus Schuld an den Problemen von Männern und der Gesellschaft wäre.

Nicht zuletzt bedeutet auch die internationale Zunahme von militärischen Konflikten immer eine Zunahme von Gewalt. Aus Gaza wird berichtet, dass 60% aller Opfer Frauen und Kinder sind, und im Ukraine-Krieg nehmen sowohl Verbrechen durch russische Besatzer als auch sexualisierte Gewalt durch ukrainische Soldaten zu Hause zu.

Doch auch der Widerstand dagegen wächst global, zuletzt in Brasilien, Bulgarien oder auch Polen. Welches Programm er braucht, um erfolgreich zu sein, diskutieren wir in diesem Vorwärts-Schwerpunkt.

# Genderspezifische Gewalt und Patriarchat

In Österreich herrscht eine Epidemie der genderspezifischen Gewalt: Zwischen 2010 und 2020 wurden 319 Femizide (Frauenmorde) begangen. Alleine dieses Jahr waren es bis Ende Oktober 23! Diese Fälle sind nur die Spitze der Gewalt. Kontext dieser katastrophalen Entwicklung sind die wirtschaftlichen und ideologischen Vielfachkrisen innerhalb des kapitalistischen Systems.

von Celina Brandstötter

Corona-Pandemie, kriegerische Auseinandersetzungen und Turboinflation sind nur einige dieser Vielfachkrisen. Am härtesten treffen sie Frauen. So waren in Österreich während der Corona-Pandemie Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und aufgrund ihrer systematischen Verankerung in schlechtbezahlten Systemerhalter\*innenjobs stärker belastet. Auch Inflation und Reallohnverluste treffen Frauen, speziell Alleinerziehende, besonders hart. Niedrige Löhne in "Frauenbranchen", fehlende Kinderbetreuungsplätze und hohe erzwungene Teilzeitquoten sind Teil einer Reihe ökonomischer Faktoren, die finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse zu männlichen Partnern schaffen. Bekannt ist, dass Frauen insbesondere in ihrem eigenen Zuhause Gewalt erleiden.

## Krise, patriarchale Gewalt und Kapitalismus

Das de facto Abtreibungsverbot nach der Aufhebung von Roe v. Wade in vielen US-Staaten, Angriffe auf Trans-Rechte in vielen Ländern und der Aufstieg frauenfeindlicher Internetrechter wie Andrew Tate, Jordan Peterson, Ben Shapiro, Sneako und Co. zeigen das derzeitige Potential für die systematische Stärkung von Antifeminismus und reaktionärer Genderrollen. Andrew Tates Antwort für eine gesamte Generation junger Männer, die sich mit der systematischen Krise des Kapitalismus und damit einhergehenden, zunehmenden Kontrollverlusten konfrontiert sehen, ist die Ablösung von "wokem" Feminismus gegen reaktionäre Rollenbilder. Tate

erschuf für ein überwiegend junges Millionenpublikum eine Erzählung, die aus Frauenhass und Queer-Feindlichkeit besteht. Gepaart ist diese mit einem kapitalistischen Aufstiegsmythos des "Selfmade-Millionärs". Gleichzeitig finden sich in Sozialen Medien der Trend von "Trad(-itional) Wives" oder "Stay at Home-Girlfriends". Beide Rollenbilder knüpfen an ein erzkonservatives, bürgerliches Familienbild an. Auch die rechtskonservative Parteienlandschaft Europas arbeitet mit ähnlicher Propaganda.

Rollenbilder sind nicht ,natürlich' – sie entspringen einer bürgerlichen Geschlechterideologie. Diese schadet besonders Frauen und Queers und ist Grundlage für eine breitere Akzeptanz von genderspezifischer Gewalt unter einer Schicht von Männern. Sie ist ein gesellschaftliches Spaltungsmittel, das Männern zumindest im eigenen Haushalt "Macht" vermittelt, wenn sie wieder einmal selbst strukturelle Demütigen und Ausbeutung in der eigenen Lohnarbeit erfahren.

## Patriarchat und Klassengesellschaft

Gerade weil wir aktuell mit einer ansteigenden Gewalt gegen Frauen und queere Menschen, einer Rückkehr reaktionärer Rollenbilder sowie mit systematischen Angriffen auf Frauen- und LGBTQI-Rechte weltweit konfrontiert sind, ist es notwendig, die Frage nach gesellschaftlichen Ursachen zu stellen. Individuelle Erklärungsansätze von genderspezifischer Gewalt reichen nicht aus. Marxist\*innen wie Friedrich Engels, Clara Zetkin, Alexandra Kollontai und Co. haben die Beziehung zwischen Patriarchat

(Frauenunterdrückung) und Klassengesellschaft herausgearbeitet. Engels beschrieb Ende des 19. Jahrhunderts in "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" die Entstehung patriarchaler Strukturen im Kontext von Klassengesellschaften. Mit der Entstehung von Klassengesellschaften, die auf der Unterdrückung und Ausbeutung vieler Menschen zum Nutzen der Wenigen basieren, wurde die systematische Abwertung von Frauen und Ausbeutung ihrer reproduktiven Arbeit (beispielsweise Haushaltsarbeit und Kindererziehung) zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Systems notwendig.

Viele von Engels beschriebene Aspekte sind auch heute noch nützlich, um zu verstehen, wieso Frauenfeindlichkeit und die Verbreitung von sexistischen Normen Nutzen für das kapitalistische System haben. Zwar konnten in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Errungenschaften für Frauen und LGBTQI-Personen erreicht werden, an der grundlegenden Stellung von Frauen hat dies



## Eine Systemfrage

allerdings nichts geändert. Frauen sind zwar heutzutage häufiger erwerbstätig, Kinder- und Hausarbeit liegt dennoch überwiegend in ihrer unbezahlten Zuständigkeit. Laut Berechnungen der NGO Oxfam werden täglich 12 Milliarden Stunden solcher unbezahlter reproduktiver Arbeit geleistet. Diese Arbeit erfüllt immer noch eine zentrale Funktion innerhalb des Kapitalismus. Insbesondere in Krisenzeiten wird der von Arbeiter\*innen- und Frauenbewegungen erkämpfte Spielraum erneut von der bürgerlichen Politik und Kultur in Frage gestellt. Staatliche Kürzungen im Sozial- und Pflegebereich sollen durch unbezahlte Frauenarbeit abgedeckt werden, Abtreibungsrechte werden angegriffen, traditionelle Geschlechterrollen werden popularisiert.

### Bürgerlicher Staat und Frauenrechte

Die meisten bürgerlich-demokratischen, kapitalistischen Staaten haben zwar kein direktes Interesse an offensiver Gewalt an Frauen und LGBTQI-Personen. Doch sie sind auch unfähig, diese wirksam zu bekämpfen. Der bürgerliche Staat bringt sowohl auf ideologischer, kultureller, als auch auf wirtschaftlicher Ebene Quellen gender-spezifischer Gewalt hervor – besonders in Krisenzeiten. Ideologisch äußert sich diese Gewalt in Form

von traditionellen Genderbildern oder Abtreibungsverboten, die dazu dienen, unbezahlte Sorgearbeit auf Frauen abzuladen und Arbeitskräfte zu sichern. Ein zunehmender Militarismus und staatliche Repression machen die Popularisierung eines “dominanten” Männerbilds notwendig.

Auch im Umgang mit sexualisierter Gewalt zeigt sich der bürgerliche Staat hilflos und ignorant. Staatliche Strukturen versagen im Schutz von Frauen und LGBTQI-Personen häufig und können sogar zur systematischen Gewalt an ihnen beitragen. Das wird offensichtlich, wenn man sich das Verhältnis von angeklagten und tatsächlich verurteilten Vergewaltigern, fehlendem Opferschutz und der regelmäßigen Verhöhnung Betroffener häuslicher Gewalt durch die Polizei vor Augen hält. Die bürgerliche Justiz dient im Kern der Aufrechterhaltung der Ordnung von bürgerlichem Eigentum und dessen Schutz. Ein angemessener Umgang mit sexualisierter Gewalt ohne “eindeutige Beweissituationen” ist dieser bürgerlichen Logik fremd – und würde ein gänzlich anderes Vorgehen notwendig machen.

Genderspezifische Gewalt ist weder Resultat von biologischer Veranlagung noch ist sie „Betriebsunfall“ innerhalb des Kapitalismus – sie ist strukturell im System verankert und nimmt in Krisenzeiten zu. Als sozialistische Feminist\*innen sind wir uns dem bewusst und verbinden unsere Kämpfe um mehr Geld für Gewaltschutz, das Sozialsystem, gleiche Löhne und gegen reaktionäre Angriffe mit einem Kampf um eine sozialistische Alternative: eine Gesellschaft, in welcher wir demokratisch geplant nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur produzieren – und nicht für die Profiteure einiger weniger – und die reproduktive Arbeit ebenso demokratisch und gesellschaftlich aufteilen und so dem alltäglichen Sexismus seine Grundlage entziehen.



## Marx Aktuell:

### Intersektionalität

von Andrea Gasperlmair

Die Krisen und Proteste der letzten Jahre machten vielen Menschen deutlich, wie verschiedene Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen (Sexismus, Rassismus, Armut) zusammenhängen. So stellte sich während der Covid19-Pandemie heraus, wer die wichtigsten Systemträger\*innen in unserer Gesellschaft sind: Krankenpfleger\*innen, Verkäufer\*innen, Putzkräfte, Lehrpersonen – alles Jobs, die schlecht bezahlt werden, mit unmöglichen Arbeitsbedingungen; und alles Jobs, in denen vorwiegend Frauen und Migrant\*innen arbeiten. Deshalb findet auch Intersektionalität so viel Anklang. Intersektionalität ist die Vorstellung, dass unterschiedliche Unterdrückungsformen sich gegenseitig beeinflussen und bestärken. Es ist enorm wichtig, um z.B. die Situation von migrantischen 24-Stundenpfleger\*innen zu verstehen und zu verändern, sich bewusst zu sein, wie die Unterdrückung auf Basis von Herkunft, Geschlecht und Arbeit sich gegenseitig beeinflusst und verstärkt. Gleichzeitig beschränken sich intersektionale Theoretiker\*innen meistens darauf, die Überschneidungen von Unterdrückung zu analysieren, ohne ihre gemeinsame Basis zu erkennen – das kapitalistische System. Intersektionale Theorie bleibt ein Ansatz, der zwar Probleme aufzeigt, aber keine grundlegenden Lösungsansätze anbietet.

Frauenunterdrückung hat eine materielle Basis in der unbezahlten Hausarbeit, den Überprofiten, die mit Sexismus, Rassismus, binären Geschlechterrollen und vielem mehr gemacht werden. Konkret bedeutet das: Die Wurzel der heutigen Frauenunterdrückung sowie allen anderen Formen von Diskriminierung steckt im Kapitalismus, einer profitorientierten Klassengesellschaft, in der wenige Reiche über die auf Arbeit angewiesene Mehrheit bestimmen. Deshalb muss jeder Kampf gegen Unterdrückung antikapitalistisch sein, denn eine Klassengesellschaft ist der Ursprung jeder Unterdrückung. Kämpfe hängen zusammen: im Iran ist es das gleiche Mullah-Regime, das Frauen unterdrückt, das für Armut verantwortlich ist; der US-Kapitalismus ist auf der Überausbeutung der schwarzen Bevölkerung aufgebaut; bei Kämpfen im Bildungsbereich in Österreich geht es um Arbeitsbedingungen und um den Kampf gegen rassistische Strukturen. Wir müssen diese Kämpfe als gemeinsame führen und bei jedem Angriff auf die Arbeiter\*innenklasse mit gemeinsamer Kraft zurückschlagen.



## Den Kampf gewinnen – Aber wie?

von Anna Hiermann

Gewalt gegen Frauen und queere Personen müssen wir in ihren konkreten Formen bekämpfen und dabei an der systemischen Wurzel packen. Frauen und LGBTQ+ Personen, die von Gewalt betroffen sind, müssen sich von ihren gewalttätigen Partnern trennen können – dafür ist die Ausfinanzierung der Frauenhäuser und Gewaltschutzeinrichtungen in der Höhe von ca. 228 Millionen Euro (gefordert von den Einrichtungen selbst) dringend notwendig. Dieses Geld und eigentlich noch mehr (der Staat gibt jährlich mehr als das Zwölfwache fürs Militär aus!) wäre notwendig, um Schutzräume zu finanzieren, aber auch Beratungsangebote, inklusive wichtiger Männer- und Bubenarbeit zur Prävention, auszubauen.

Die Regierung weigert sich, dieses Geld zur Verfügung zu stellen, während 43 Milliarden in "Coronahilfen" an Konzerne geflossen sind – von ihnen müssen wir uns das Geld also holen, auch damit Schulen und Kindergärten ausfinanziert werden können. Erstens, damit jedes Kind nach seinen Bedürfnissen gefördert werden kann, und zweitens, um Frauen zu ermöglichen, einem Job nachzugehen, der ihnen finanzielle Unabhängigkeit von ihrem Partner ermöglicht. Außerdem können Frauen, wenn nicht die ganze Sorgearbeit an ihnen hängenbleibt, sich leichter am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen. Für finanzielle Unabhängigkeit müssen jedoch auch die Löhne angemessen sein. Nur so können

gefährliche Beziehungen verlassen werden, ohne dadurch in Armut zu geraten.

### Bewegungen aufbauen

Dafür braucht es eine Gewerkschaftsbewegung, die diese Fragen bewusst in ihre Strategie einbezieht, z.B. braucht es im Zuge der Lohnverhandlungen flächendeckende und branchenübergreifende Streiks mit gemeinsamen Forderungen, um zu verhindern, dass schwächer organisierte – oft weibliche Branchen – zurückbleiben. Das bedeutet auch die Ausweitung der Forderungen: z.B. Arbeitszeitverkürzung, oder Ausfinanzierung des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereichs, um diese reproduktive Arbeit öffentlich zu organisieren und die Aufteilung zu Hause zu erleichtern.

In der Gesellschaft herrscht oftmals der Mythos, Betroffene von sexuellen Übergriffen würden lügen oder seien zu empfindlich. Auch bei solchen konkreten Fällen können Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielen: Es braucht Ausschüsse in Betrieben und Bildungseinrichtungen (und selbstverständlich auch in den Gewerkschaften selbst), die konsequent gegen sexuelle Übergriffe vorgehen und sie nicht unter den Tisch kehren. Auf den Staat können wir uns dabei nicht verlassen; deshalb braucht es eine eigenständige Rolle der Arbeiter\*innenbewegung (z.B. Betriebsräte) und feministischer Strukturen bei der Aufklärung und dem Kampf gegen Übergriffe und sexualisierter Gewalt.

#MeToo hat einige mächtige Männer zu Fall gebracht. Das ist ein guter Anfang. Das System dahinter existiert jedoch nach wie vor. Um dieses zu brechen, braucht es Massenproteste und Streiks, um Machtverhältnisse, die zu Frauenunterdrückung führen, zu beenden. Massenbewegungen sind auch das stärkste Mittel, Einstellungen in der Gesellschaft zu verändern: #Metoo-Proteste haben die Einstellung zu Sexismus weltweit verändert, genauso wie die Black Lives Matter Proteste die Einstellung zu Rassismus. Weitere Beispiele für feministische Massenbewegungen sind jene in Lateinamerika in den letzten Jahren, die z.B. das Recht auf Abtreibung erkämpft haben, und insbesondere die Bewegung im Iran seit letztem Jahr. Hunderttausende Menschen gingen auf die Straßen, um gegen den Verschleierungszwang und sexuelle Gewalt zu protestieren. Der Bewegung ist es gelungen, große Teile der Armen und Unterdrückten in den gemeinsamen Kampf zu ziehen. Durch den Aufstand von Frauen und Mädchen im Iran wurden auch sexistische Vorurteile in der Gesellschaft massiv zurückgedrängt – heute stellen sich oft Männer und Frauen der Sittenpolizei entgegen, wenn diese versucht, die Kleidungs Vorschriften durchzusetzen. Die Bewegung hat noch immer das Potential, die Mullah-Diktatur zu stürzen. Die gesamte Arbeiter\*innenklasse für den gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung zu gewinnen ist zentral, um die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für Gewalt an der Wurzel zu packen und das ganze sexistische System zu stürzen.

# Rassistische Welle im Fahrwasser des Gaza-Kriegs

von Christoph Glaninger

Eine Auswirkung der brutalen Eskalation in Israel und Palästina ist auch eine Diskussion über Antisemitismus und neue Welle an antimuslimischem Rassismus. Laura Sachslehner, ehemalige Generalsekretär\*in der ÖVP, bringt diese rassistische Stimmung auf den Punkt: *“Wer den muslimischen Antisemitismus in unserem Land & in Europa an der Wurzel bekämpfen will, der muss die stetige illegale Einwanderung stoppen.”* Aber auch Grüne, SPÖ und ein großer Teil der außerparlamentarischen Linken stellen sich völlig unkritisch hinter die brutale Offensive des israelischen Regimes. Es ist wichtig den Opfern der Hamas-Attacke Anteilnahme und Solidarität auszudrücken und sich gegen Antisemitismus zu stellen – z.B. die Attacke auf eine jüdische Einrichtung in Berlin. Aber wenn es gleichzeitig keine Anteilnahme für die tausenden palästinensischen zivilen Opfer gibt und ihre Trauer sogar unterdrückt wird, signalisiert man damit auch klar allen Muslim\*a: Eure Leben sind uns egal.

## Wie gegen Rassismus und Antisemitismus kämpfen?

Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine wichtige Aufgabe für Linke – gerade in Österreich und Deutschland. D.h. vor allem gegen rechtsextreme Kräfte auftreten – 2022 hatten 55% aller antisemitischen Übergriffe rechtsextremen Hintergrund. Aber auch im Zuge der Solidaritätsdemonstrationen gegen den Krieg in Gaza ist es wichtig sich zu positionieren, wenn es zu Hass gegenüber Jüd\*innen kommt und klarzumachen, dass wir den Antisemitismus der Hamas genauso ablehnen wie das rechte, prokapitalistische Netanjahu-Regime und die Besetzung als Wurzel des Konflikts. Beide können keinen Weg in Richtung eines sicheren und guten Lebens aufzeigen. Deswegen ist es zentral, zwischen dem israelischen Staat, der für die brutale Besetzung und kollektive Bestrafung



und Ermordung von Palästinenser\*innen verantwortlich ist, und der israelischen Bevölkerung bzw. Jüd\*innen zu unterscheiden. Wer den israelischen Staat mit Jüd\*innen gleichsetzt, schadet dem Kampf gegen Antisemitismus, weil man berechtigte Wut über Besetzung nicht auf die Rechtsextremen in der Regierung lenkt, sondern auf alle Jüd\*innen.

Die rassistische Welle der Regierenden hat nichts mit dem Kampf gegen Antisemitismus zu tun. Bei dem aktuellen Versuch Muslim\*a kollektiv als antisemitisch darzustellen, geht es um etwas anderes: Rechtfertigung für das brutale Vorgehen des israelischen Staates und das Schüren von antimuslimischem Rassismus hier. Der Krieg in Gaza kommt gleichzeitig mit einer Zunahme an Menschen, die vor Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung nach Europa fliehen. Schon vor dem Beginn des Konfliktes hat sich die EU auf eine härtere Grenzpolitik verständigt. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Hetze gegenüber Muslimen genutzt wird, um damit eine mörderische Flüchtlingspolitik zu rechtfertigen. Es ist kein Zufall, dass wenige Tage nach Ausbruch des Krieges der SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz fordert: *„Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“*.

Diese Politik stärkt vor allem rechte und reaktionäre Kräfte – von FPÖ und Identitären, über Netanjahu und rechte israelische Siedler\*innen, bis hin zu reaktionären islamistischen Gruppierungen – zu denen Muslim\*a teilweise durch den alltäglichen Rassismus und die Ignoranz der Linken getrieben werden. Dieser Rechtsruck trifft alle Unterdrückten – Migrant\*innen, Frauen, LGBTQIA+ Personen, Muslim\*a und auch Jüd\*innen.

Der einzige Weg Rassismus, Antisemitismus und Unterdrückung zu bekämpfen, ist der Aufbau einer internationalen Bewegung, die klar gegen die Besetzung und die Unterdrückung durch das rechte israelische Regime kämpft – und sich dabei gegen die Hamas und islamistische Kräfte stellt, die in ihrem Machtbereich gegen jede Opposition vorgehen und Frauen, LGBTQIA+ und Gewerkschaftsaktivist\*innen unterdrücken. Der Widerstand von Linken, Feminist\*innen und Gewerkschafter\*innen muss sich gegen jede Unterdrückung richten, sonst spielt man dem aktuellen Rechtsruck in die Hände. Aktuell bedeutet das hier, sich besonders gegen die Welle an antimuslimischem Rassismus zu positionieren, die pauschale Hetze gegenüber Palästinenser\*innen zurückzuweisen und gleichzeitig gegen Antisemitismus aufzutreten.

Sterben ist es nicht, Aufstehen  
ist das Wort. Ohne Verständnis  
für die Ausbeutung diese Ausbeutung  
beenden. Es komme die Revolution.

Es komme, so mag es denn kommen.  
Ich zweifle. Aber es komme  
die Revolution. auch von meinem Herzen,

## „Es komme die Revolution“ Ingeborg Bachmann zum 50. Todestag

von Sebastian Kugler **Die politische Bachmann**

Ingeborg Bachmann war die wichtigste österreichische Schriftstellerin der Nachkriegszeit. In ihren Gedichten, Erzählungen und (unvollendeten) Romanen verarbeitet sie auf unvergleichliche Weise das Fortwirken des Nazi-Faschismus und patriarchale Gewalt – gleichzeitig handeln ihre Texte auch immer vom Versuch, als Unterdrückte und Ausgeschlossene eine eigene Stimme zu finden. Zeitlebens wurde sie vom kapitalistischen Literaturbetrieb und von der zutiefst sexistischen Literaturkritik darauf reduziert, eine junge Frau zu sein, die schöne Gedichte schreibt. Ihr Privatleben wurde ausgeleuchtet und Gerüchte verbreitet – an jedem ihrer Texte deutete man herum, welche Affäre denn da drin verpackt sein könnte. Sie war also selbst betroffen von der systemischen Brutalität, gegen die sie anscrieb – auch das trug zu ihrem frühen Tod mit 47 Jahren bei.

*Ingeborg Bachmann. Reise in die Wüste*, der neue Film von Margarete von Trotta, ist eine Hommage an Bachmann anlässlich des Todestags. In ihm wird der Sexismus, mit dem Bachmann konfrontiert war, anhand ihres zeitweiligen Partners, des Schriftstellers Max Frisch gezeigt. Leider kommt jedoch auch dieser Film nicht davon weg, sie hauptsächlich über ihr Privatleben zu definieren – und nicht über ihr vielfältiges Schaffen.

Ingeborg Bachmann war ein hochpolitischer Mensch. Schon in ihrer Dissertation stellte sie sich vor allem gegen den Nazi-Philosophen Martin Heidegger, der im Nachkriegsdeutschland ungebrochen großes Ansehen besaß. Aus Protest gegen die Zusammenarbeit ihres Verlages Piper mit dem früheren HJ-Führer Hans Baumann kündigte sie öffentlich die Zusammenarbeit auf.

Doch gerade die politische Bachmann spart von Trotta Film aus. Teilweise nimmt er wörtliche Zitate von Bachmann und schneidet die explizit politischen Stellen hinaus. So gibt es im Film eine Szene, in welcher Bachmann sagt: *„Ich habe von Anfang an gewusst, dass ich gegen die Ehe bin“*. Der Satz stammt aus einem Statement für eine Fernseh-Doku, das Bachmann kurz vor ihrem Tod verfasste. Darin beschrieb sie die Situation in Italien, wo sie lebte, und fuhr folgendermaßen fort: *„Die italienische Arbeiterin wehrt sich zum ersten Mal gegen die Ehe, und sie kämpft für ihre Freiheit. Unter Freiheit versteht sie nicht, dass sie nicht arbeiten will, sondern dass sie nicht mehr die Sklavin sein will, zu der man sie gemacht hat.“* Bachmann verstand, dass Kapitalismus und Sexismus – also auch Feminismus und Klassenkampf – untrennbar voneinander sind.

In einem weiteren Statement für die Doku hält sie fest: *„Ich glaube nicht an diesen Materialismus, an diese Konsumgesellschaft, an diesen Kapitalismus, an diese Ungeheuerlichkeit, die hier stattfindet,*

*an diese Bereicherung der Leute, die kein Recht haben, sich an uns zu bereichern.“* Kein Wunder also, dass Bachmann sich immer mehr für sozialistische Ideen interessierte. Die stalinistischen Diktaturen lehnte sie dabei konsequent ab. So schrieb sie an ihren Freund Hans Werner Henze: *„Alle meine Neigungen sind auf der Seite des Sozialismus, des Kommunismus, wenn man will, aber da ich seine Verirrungen, Verbrechen etc kenne, kann ich nicht votieren.“* Mit der stalinistischen Verdrehung des Marxismus konnte und wollte sie sich nicht abfinden. In einem Interview wurde sie 1963 gefragt, was sie gerade lese. Ihre Antwort: *„Im Moment sieht es sogar nach recht systematischer Beschäftigung aus mit dem historischen Materialismus, von Marx und Lenin über die diversesten Stationen bis zu Ernst Bloch und Kolakowski.“* Der Pole Leszek Kolakowski war damals einer der wichtigsten antistalinistischen Marxist\*innen. Bachmanns Widerstand gegen Sexismus und Kapitalismus und ihre Suche nach einer Alternative endeten nicht mit ihrem Tod – sie leben in ihren Schriften weiter und können uns heute noch viel lehren.

### Info

Zu den wichtigsten Werken Ingeborg Bachmanns zählen: Die Gedichtbände *Die gestundete Zeit* und *Anrufung des großen Bären*, der Erzählband *Das dreißigste Jahr* und ihr einziger vollendeter Roman *Malina*.



USA:

## Alle (Auto-)Räder stehen still

von Martina Gergits und Brett

Seit 14. September stehen die Zeichen auf Streik bei den drei großen US-Autoherstellern: GM, Ford und Stellantis/Chrysler. Diese „Big Three“ verzeichneten in den letzten Zehn Jahren einen Profit von ca. 250 Milliarden US-Dollar. Die Forderung der Gewerkschaft UAW (United Auto Workers) nach 40% mehr Lohn ist, nach 30% Lohnverlust in den letzten Jahren, darum mehr als nachvollziehbar. Zusätzlich sollen Pensions- und Gesundheitsleistungen sowie „Cost of living adjustments“ (COLA) wieder in die Verträge kommen. Das sind Zahlungen, die u.a. Inflationsanpassungen beinhalten. Auch eine 32 Stunden Woche bei vollem Lohn und eine Jobgarantie werden gefordert.

Jahrzehntelang hat die UAW-Führung die Rolle des Co-Managements gespielt und war verantwortlich für viele Verschlechterungen. Die Folge: Die Zahl der UAW-Mitglieder bei den Big Three ging von 1,5 Millionen im Jahr 1979 auf heute 150.000 zurück. Nur mehr 10% der Beschäftigten in der Industrie sind gewerkschaftlich organisiert. Der neue UAW-Vorsitzende Shawn Fain wurde letztes Jahr gewählt, um sich klar gegen die „business as usual“ Strategie der alten Führung zu stellen, die durch einen Korruptionsskandal jedes Vertrauen der Basis verloren hatte.

### Sit Down oder Stand Up?

Fain zieht häufig Vergleiche zu den „Sit Down“-Streiks der Arbeiter\*innen in den 1930ern. Sie kämpften damals für die Anerkennung der Gewerkschaften,

eine 30-Stunden-Woche und einen 6-Stunden-Tag. Die sozialistischen Organisator\*innen dieser Streiks haben verstanden, dass jeder Streik ein Kräftemessen zwischen den Arbeiter\*innen und den Bossen ist. Sie verstanden, dass der Kampf gegen jeden Chef ein Kampf gegen die herrschende Klasse als Ganzes ist. Einen Streik zu gewinnen bedeutete, den Kampf auf die breitere Arbeiter\*innenklasse auszudehnen, einschließlich arbeitsloser Arbeiter\*innen und Familien, und sie direkt in den Kampf einzubeziehen. Diese Strategie der Ausweitung des Streiks hat den Drehbuchautor\*innen der Writers Guild of America gerade einen Rekordsieg beschert.

Die aktuelle UAW Strategie beinhaltet einen „Stand Up“ Strike. Das bedeutet: nicht alle Standorte streiken gleichzeitig. Die Idee ist, die Unternehmen gegeneinander auszuspielen – das führt aber auch zu einer Spaltung der Belegschaft. Den wunden Punkt jedes Unternehmens trifft man am härtesten mit einem geschlossenen Streik aller Beschäftigten. 2019 wurde „nur“ bei GM für 40 Tage gestreikt, dieser Streik kostete das Unternehmen allein 3 Mrd. Dollar.

Es gibt auch noch viel Potential, andere Autohersteller einzubeziehen, wie Tesla, Nissan oder VW. In der Gigafactory Buffalo, New York, wurden dutzende Mitarbeiter\*innen von Tesla Anfang des Jahres fristlos entlassen, die sich zuvor für eine Gewerkschaft aussprachen. Es geht hier also auch darum, die Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Denn die Bosse schlafen nicht, während dem Streik wurden bereits ca. 3.000 Arbeiter\*innen

temporär entlassen. Gleichzeitig gibt es Überlegungen, neue Produktionsstandorte zu E-Autos in den Süden der USA zu verlegen, der traditionell schwach gewerkschaftlich organisiert ist. Das wirft auch die Frage nach der Rolle der Autoindustrie in der Klimakrise auf. Wichtig ist eine Gewerkschaftsstrategie, die für Green Jobs und eine Umstellung auf klimafreundliche Produktion kämpft.

### Politisches Potential

Der aktuelle Streik der UAW reiht sich in eine große Streikwelle in den USA ein. Allein 2023 befanden sich bereits 360.000 Arbeiter\*innen im Streik. Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass 87% der US-Amerikaner\*innen den Streik unterstützen. Es zeigt die Kampfbereitschaft der Arbeiter\*innen, sich in Zeiten massiver Inflation, Wohnungsnot, Energiekrise und Klimakatastrophen zu wehren.

Die Regierung versagt auf ganzer Linie, Antworten auf diese Krisen zu geben. Vor den Präsidentschaftswahlen werben nun Biden und Trump um die Gunst der „Auto workers“. Trump und Biden stellen sich aber nur hinter die Arbeiter\*innen, um ihnen – jeweils auf ihre Weise – das Messer in den Rücken zu rammen. Macht und Popularität der Streikwelle zeigen jedoch die Notwendigkeit und das Potential einer unabhängigen politischen Kraft der Arbeiter\*innen. Eine daraus entstehende neue Arbeiter\*innenpartei kann die Erfahrung der Streikenden zusammentragen und aktuelle Forderungen nach COLA-Zahlungen mit der langjährigen Forderung nach „Medicare for all“ verbinden und erkämpfen.

# Sozialist\*innen aus Israel / Palästina zur Eskalation des Kriegs:

*Die brutale kriegerische Eskalation im Nahen Osten schockiert aktuell die Welt. Viele stellen sich die Frage, wie ein Ausweg im Sinne von Arbeiter\*innen, Armen und Unterdrückten aus dieser katastrophalen Situation aussehen kann. Wir zitieren zu diesem Zweck eine gekürzte Stellungnahme von Maavak Sozialisti / Nidal Eshtaraki ("Sozialistischer Kampf"), der ISA-Sektion in Israel / Palästina (das vollständige Statement und aktuelle Analysen findet ihr auf unserer Website).*

„Der Krieg, der am Samstagmorgen mit einem Überraschungsangriff der Hamas ausbrach, der in seinem Ausmaß beispiellos war, und der sich mit einem Angriff durch die Netanjahu-Regierung fortsetzt, welcher noch blutiger ausfallen dürfte, hat schreckliche Auswirkungen auf die Communities auf beiden Seiten des Zauns. Die Krise kann sich noch wochenlang fortsetzen und sich sogar zu einem regionalen Krieg ausweiten.

Wir rufen zu Protesten auf, um den Krieg und die Politik der kollektiven Bestrafung und des „Teile und herrsche“ zu beenden; sich nicht an einer Racheoffensive gegen die Bewohner\*innen des Gazastreifens zu beteiligen und für eine tiefgreifende Veränderung der Lebensverhältnisse zu kämpfen, einschließlich der Beendigung der Besatzung und der Blockade.

Die militärische Eskalation des nationalen Konflikts kam nicht aus dem Nichts. Die rechte Regierung unter Netanjahu, Ben Gvir und Smotrich hat mit aller Kraft versucht, nicht nur den Massenwiderstand gegen den „Justizputsch“ zu bekämpfen, sondern auch, die Besatzung, die Belagerung und die Millionen von Palästinenser\*innen aufgezwungenen Siedlungen zu festigen. Dies geschieht im Schatten der Behauptung, das „Konfliktmanagement“ im Griff zu haben, und der zynischen Verlautbarung, den regionalen Frieden durch den Normalisierungsprozess zwischen Israel

und Saudi-Arabien unter der Schirmherrschaft der USA zu fördern.

Die Netanjahu-Regierung hat immer behauptet, den Verlauf des nationalen Konflikts zu kontrollieren und jeden Widerstand „abzuschrecken“. Nun ist sie mit einem dramatischen (Teil-) Verlust der Kontrolle konfrontiert und versucht, die Initiative mit militärischen Mitteln zurückzugewinnen. Sie droht mit einer langwierigen und weitreichenden Offensive auf den Gazastreifen – im Grunde, um die bestehende Besatzungs- und Blockade-

Netanjahu-Regierung verschafft nun den Spielraum für die Fortsetzung des Blutbads. Die persönliche Sicherheit der einfachen Menschen auf beiden Seiten des Zauns interessiert sie nicht nur nicht, sondern sie wird durch sie geopfert.

Es ist notwendig, die Proteste und den Kampf jetzt zu unterstützen, um einen Weg aufzuzeigen, das Blutbad zu beenden und die Probleme zu lösen, die zum Krieg geführt haben. Notwendig sind jetzt Protest- und Kampffaktionen wie der palästinensische „Würdestreik“ im Mai 2021, community-über-

Zur Unterstützung von Maavak Sozialisti / Nidal Eshtaraki, der Sektion der ISA in Israel-Palästina (Englisch: SSM), starten wir auch einen **Spendenaufwurf in Höhe von 2.500€**. Sie führen vor Ort Kampagnen gegen das Massaker und Blutvergießen im Gazastreifen und gegen die Besatzung und Blockade. Alle Spenden werden direkt dazu beitragen, die Mobilisierung und Organisation von dringend benötigten Mahnwachen, Demonstrationen

und Märschen in beiden nationalen Communities zu fördern.

**Workers Solidarity Fund | KBC Bank**

**IBAN: BE69 7340 2793 3278**

**BIC: KREDBEBB**

**Referenz:**

**SSM's Struggle Fund**

**Info**



ordnung zu schützen, die die aktuelle Krise überhaupt erst ausgelöst hat.

Die Frage, „wer den ersten Schuss abgefeuert hat“, in der Dynamik, die zur gegenwärtigen Krise geführt hat, mag angesichts der sich zuvor entwickelnden Eskalation der nationalen Spannungen unterschiedliche Antworten hervorrufen, geht aber in jedem Fall an den grundlegenden Ursachen des Krieges vorbei. Die Wurzel der Krise ist die Durchsetzung der bestehenden Ordnung, in welcher der israelische Kapitalismus, mit der stärksten Militärmacht in der Region, Besatzung und Annexion durchsetzt und Millionen von Palästinenser\*innen grundlegende Rechte, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung, verweigert.

Die politische Unterstützung der kapitalistischen Regierungen des „westlichen“ imperialistischen Blocks für die Militäraktionen der

greifende Solidaritätsdemonstrationen an Arbeitsplätzen und Schulen, Mahnwachen und gewerkschaftliche Veranstaltungen; um Stellung zu beziehen gegen die militärische Eskalation, gegen die Bombardierungen in Gaza, gegen das „Teile und herrsche“ und gegen die Fortsetzung der Belagerung und der Besatzung. Angesichts der Politik der nationalen Unterdrückung, der Kriegsverbrechen und der Ungleichheit, die von den rechten kapitalistischen Regierungen vorangetrieben wird, ist es notwendig, Perspektiven für einen Ausweg auf die Tagesordnung zu setzen, für die Lösung der grundlegenden Probleme, im Rahmen eines Kampfes für einen sozialistischen Wandel in der Region, auf der Grundlage der Gewährleistung gleicher Rechte auf Existenz, auf Selbstbestimmung und auf ein Leben in Würde und Wohlstand.“



## Israel / Palästina: ISA aktiv vor Ort

von Yasmin Morag

Unsere Schwesterorganisation Maavak Sozialisti / Nidal Eshteraki war bereits vor dem Krieg gegen die Netanjahu-Regierung und die Besatzung aktiv. Im Rahmen der monatelangen Bewegung gegen die Justizreform, die darauf abzielte, die Macht der sexistischen, rassistischen, rechtsextremen Siedler\*innenregierung zu konsolidieren, intervenierte sie auf den Demonstrationen und wies auf die Notwendigkeit hin, das Programm der Bewegung zu erweitern und eine alternative politische Kraft aufzubauen, die die Interessen der einfachen arbeitenden Menschen beider nationaler Communities vertreten würde. Sie schlugen auch Schritte vor, die es der Bewegung ermöglichen würden, nicht nur die Reform sondern die gesamte Regierung zurückzudrängen – die massive Stärke der Arbeiter\*innenklasse durch einen Generalstreik zu nutzen und sich in demokratischen Rätestrukturen zu organisieren.



Maavak Sozialisti / Nidal Eshteraki war auch aktiv bei Protesten gegen die Räumung palästinensischer Familien in Ost-Jerusalem und gegen Waffengewalt in palästinensischen Gemeinden – im Kontext von tiefer Armut und Krise in der Gesellschaft. Kürzlich haben unsere Mitglieder ihre Positionen in der Universitätsgewerkschaft genutzt, um eine Petition gegen den Ausschluss eines palästinensischen Studierenden zu initiieren, der sich in den sozialen Medien gegen die Belagerung und die Besatzung geäußert hatte – im Kontext einer Welle von Nationalismus und Aufwiegelung seit

Ausbruch des schrecklichen Krieges.

Besonders aktiv ist Maavak Sozialisti / Nidal Eshteraki aktuell gegen das Verbot von Demonstrationen und Veranstaltungen gegen den Krieg. Gemeinsam mit jüdischen und palästinensischen Aktivist\*innen widersetzen sie sich dem Verbot und riskieren dabei Gefängnisstrafen. Sie rufen zur Organisation einer zentralen Großdemonstration auf, die von linken Zusammenhängen beider Communities geführt wird, um die antidemokratischen Maßnahmen zurückzuschlagen.

[socialism.org.il](http://socialism.org.il)

## Brasilien: Kampf für Selbstbestimmung

von Christina Schilcher

In Brasilien ist Abtreibung aktuell nur bei Lebensgefahr für die schwangere Person, Schwangerschaften durch Vergewaltigungen sowie einer Fötuserkrankung namens Anenzephalie erlaubt. In allen anderen Fällen sind Schwangerschaftsabbrüche eine Straftat, welche eine Gefängnisstrafe nach sich zieht. Die Rechtslage hat sich seit 1940 nicht verändert.

Es wird geschätzt, dass es in Brasilien etwa 500.000 illegale Abtreibungen pro Jahr gibt. Bei 43 Prozent davon kommt es zu Komplikationen, die in der Notaufnahme behandelt werden müssen, während in Ländern, in denen legale Schwangerschaftsabbrüche möglich sind, nur etwa 2 bis 5 Prozent der Abtreibungen zu Komplikationen führen, die medizinische Behandlung benötigen.

Am 22. September hat das oberste Gericht die Abstimmung über die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Schwangerschaftswoche begonnen. Als Folge davon hat die brasilianische Kirche eine Kampagne gegen Abtreibung gestartet und Pro-Life Aktivist\*innen sind lauter denn je.

Auch "Feministas Antiracistas Socialistas", die Sektion von ROSA in Brasilien, initiiert von Liberdade, Socialismo e Revolução (ISA in Brasilien), kämpft für das Recht auf Abtreibung und sucht in Aktionen in São Paulo den Dialog mit Jugendlichen über dieses Thema. Sie machen dabei klar: wir müssen uns organisieren und kämpfen, um unser Recht durchzusetzen!

[lsr-asi.org](http://lsr-asi.org)





## Iran 1979:

# Es gibt keine halbe Revolution

von Stefan Brandl

Im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren stieg im Iran die Arbeitslosigkeit massiv an. In Teheran bildeten sich Slumgebiete. Diese Rezession war der soziale Hintergrund für wachsenden Widerstand gegen das Regime des Schahs („Herrscher“). 1977/8 kam es zu einer Reihe von Streiks und Demonstrationen. Als im Januar 1978 auf protestierende Theologiestudent\*innen geschossen wurde, löste das einen Generalstreik aus. Die Forderungen weiteten sich aus, Menschen forderten demokratische Rechte und riefen „Tod dem Schah“. 1979 liefen Teile des Militärs zu den demonstrierenden Massen über und der Schah musste am 11. Februar fliehen.

Während der großen Streikbewegungen waren in vielen Fabriken Komitees („Shoras“) gebildet worden, und es entwickelten sich Elemente der Arbeiter\*innenkontrolle über Produktion und Verteilung der Waren. Es gab Frauenproteste mit zehntausenden Teilnehmer\*innen gegen die von den sich ebenfalls im Aufwind befindenden Islamisten Khomeinis angedrohte Zwangsverschleierung. Die „kommunistischen“ Parteien – v.a. die Tudeh-Partei – haben diese Proteste allerdings nicht aufgegriffen. Auf Diktat des Stalinismus aus Moskau halfen sie Khomeini sogar in die Regierung. Sie rief dazu auf, im Volksentscheid 1979 für die Islamische Republik zu stimmen. Die Tudeh-Partei arrangierte sich mit den Mullahs und ihrer neuen Herrschaft, die brutal gegen Frauen und nationale Minderheiten vorging.

In ihren Augen war es notwendig, zuerst Khomeini und seinen „Anti-Imperialismus“ samt reaktionärer Mullahs zu unterstützen – Hauptsache der Schah wird und bleibt gestürzt – und später könnte man dann für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpfen. Entgegen dieser Vorstellung wurden islamische „Räte“ gegen die Shoras gegründet und „Revolutionsgarden“ gingen in Fabriken, um die Räte der Arbeiter\*innen zu zerschlagen. Trotz Streiks konnte das neue Regime seine Macht bis 1982 festigen. Im Rahmen des iranisch-irakischen Krieges wurde landesweit Repression ausgebaut, bis zum vollständigen Verbot aller linker Organisationen inklusive der Tudeh-Partei 1983.

### In Etappen ins Desaster

Trotzki schreibt in seinem Text „Die permanente Revolution“: Die bürgerliche Revolution von [18]48 betrachtete Marx als die unmittelbare Einleitung zur proletarischen Revolution. Marx ‚irrte‘. Doch sein Irrtum hatte einen faktischen, keinen methodologischen Charakter. Die Revolution von 1848 ist nicht in die sozialistische Revolution übergegangen. Aber eben deshalb hat sie die Demokratie auch nicht vollendet.

Die iranische Wirtschaft wurde eben nicht in demokratische Kontrolle überführt, sondern unter die Kontrolle der ebenfalls kapitalistischen Mullahs und des Staatsapparates gebracht. Die Mullahs hatten wiederum zur Festigung ihres Regimes ein Interesse daran, bestmöglichen Zugriff auf

Rohstoffe und Produktion zu haben, um ihren eigenen Reichtum abzuzuschern. So zerstörte gerade das Konzept von einer „demokratischen Etappe“ der Revolution (jetzt) und einer „sozialistischen Etappe“ (später) alle demokratischen Errungenschaften. Eine nur halbe Revolution führt unweigerlich zur vollen Konterrevolution.

### Lehren für heute

Erst vor einem Jahr erschütterten andauernde Massenproteste nach der Ermordung von Jina Amini den Iran und seine Institutionen. Ein Blick in die Geschichte des Irans kann sehr lehrreich für die aktuelle Situation sein: Für die Widerstandsbewegung im Iran ist es zentral, nicht nur das „unmittelbare“ Ziel – der Sturz der Mullahs, ihrer „Sittenpolizei“ und Revolutionsgarden – vor Augen zu haben, sondern zu erkennen, dass ein gemeinsamer Kampf nur mit politischer Einheit funktionieren kann: Demonstrationen im Exil oder Proteste im Iran werden nicht besser, wenn sie gemeinsam mit Monarchist\*innen und Sympathisant\*innen des „alten Regimes“ vor 1979 organisiert werden. Wirkliche Demokratie kann es nur durch den Sturz aller kapitalistischen Herrscher\*innen geben.

Es braucht eine politische Alternative – unabhängig vom „westlichen“ oder chinesischen Imperialismus. Das Herausbilden einer solchen Alternative durch die Arbeiter\*innenklasse, Jugendliche und die Bauer\*innenschaft ist die zentrale Herausforderung in der Bewegung.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher\*innen und Migrant\*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant\*innen, Gewerkschafter\*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter\*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter\*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter\*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter\*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter\*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

**Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€** (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

**All-Inclusive-Abo: 7€/Monat** (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

**Abo-Zahlungen & Spenden:** IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS  
ABONNIEREN!**

# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 317 | 11/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA**  **SLP**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

## GESUNDHEIT, BILDUNG, SOZIALES:

## STREIKBEREIT!



## AUS DEM INHALT

» Die KV- Forderungen der Beschäftigten im **privaten Gesundheits- und Sozialbereich (SWÖ)** können wir nur durch eine Streikbewegung erreichen. **Seite 6**

» Im **Bildungsbereich** brodelt es an allen Ecken und Enden. Warum Lehrer\*innen streiken können – und müssen. **Seite 7**

» Die Scheinlösungen der Regierung beim **Personalmangel** machen die Situation nur schlimmer. Höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung müssen wir erkämpfen. **Seite 4**